

WEF 2026 in Davos

19. Jan 2026

Aufzubrechender Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus - Erklärung der Kommission Friedenspolitik

„Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. Sie müssen ihn wollen“ (B. Brecht)

Anlässlich des Weltwirtschaftsforums vom 19. - 23. Januar 2026 in Davos nimmt die pax christi-Kommission Friedenspolitik zu den Kriegsursachen Stellung, die unserer Analyse nach wesentlich im finanzmarktkapitalistischen System begründet liegen. Die Pulverisierung der internationalen Ordnung, die sich in Wirtschaftskriegen, völkerrechtswidrigen Kriegen und militärischen Konflikten in den letzten Jahrzehnten zeigt in jüngster Zeit besonders verheerend in der Ukraine, in Venezuela, in Palästina, im Sudan und im Kongo; geht einher mit einer immer ungleicheren Verteilung an Vermögensbildung und Lebenschancen auf der Welt und der Versuchung, wirtschaftliche Interessen an Wasser, Rohstoffen und Land durch militärische Gewalt durchzusetzen.

Zwei hervorstechende Mechanismen des krisenkapitalistischen Verarbeitungsformen der Gegenwart treten aktuell gehäuft zutage: Das Sich-Verlegen auf stets neue Wege der Kapitalanlage und -vermehrung, wenn bisherige Möglichkeiten an ihre Grenzen kommen; und die Instrumentalisierung des Staats, um diese Wege für die Investoren abzusichern. Beide Merkmale zeigen sich im Umschwenken auf Rüstungsproduktion und der Bereitung des gesellschaftlichen Resonanzbodens dafür durch die Politik.

Als exemplarisch dafür kann die in vielen Ohren unverfänglich klingende Regierungserklärung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann vom 23.07.2025 gelten, in der dieser unter der Überschrift „Verteidigung und Resilienz“ in acht zentralen Punkten - Verteidigungswirtschaft, Verteidigungsforschung, Vernetzung, hybride Angriffe, Infrastruktur, Verteidigungswillen, Operationsplan Deutschland, Finanzen – seine Krisenreaktion erläutert. Seine Kernaussagen lauten: „Ich bin überzeugt, dass wir uns jetzt entschlossen auf den Ernstfall vorbereiten müssen, dass wir jetzt aufrüsten müssen, dass wir jetzt verteidigungsfähig werden müssen, weil wir nur so den Frieden wahren können. Sich verteidigen können, um sich nicht verteidigen zu müssen, das ist für mich der Kern dessen, worum es geht.“ Doch damit bewirkt diese Politik genau das Gegenteil: Sie erhöht die Wahrscheinlichkeit eines internationalen Krieges. Und noch mehr: Diese Politik geht einher mit intensiven Kürzungen im Sozialsektor, im Gesundheits- und Bildungsbereich, mit einer erheblichen Verzögerung der ökologischen Transformation und einer menschenverachtenden Asyl- und Geflüchtetenpolitik. Schlimmer noch: Mit dem die Notstandsgesetze realisierenden Operationsplan Deutschland wird versucht, eine nach Totalität verlangende gesellschaftliche Gehorsamskultur durchzusetzen.

Im Hintergrund macht sich ein weiterer wesentlicher Faktor bemerkbar: Firmenschließungen und -entlassungen in allen Branchen gehen einher mit dem Versuch, durch Digitalisierung und KI den Kostenfaktor menschliche Arbeitskraft immer weniger zu benötigen. Eine gigantische KI-Blase baut sich auf. 47 Prozent der Erwachsenen haben in Deutschland keine 2.000 Euro als Notgroschen auf der Seite liegen. Jeder Fünfte sogar nur weniger als 500 Euro. Und die 45 reichsten Familien besitzen mehr als die ärmere Hälfte der

Bevölkerung. Dem gegenüber hat das eine Prozent, das über die Hauptmasse an Kapital verfügt, die Aktionärsbeteiligungen an Rüstungsunternehmen entdeckt, die die Gewinne in schwindelerregende Höhen steigen lassen. Aufrüstungsmilliarden auf Kosten von Daseinsvorsorge für mehrere Generationen sichern die Geschäfte ab für die wenigen Nutznießenden, die als Lobbyisten und sogar als Start-Ups ihre Interessen durchsetzen konnten. Diese Aufrüstung einer neokapitalistisch geprägten Arbeits- und Lebenswelt zerstört ganz offensichtlich die Demokratie.

Hannah Arendt hat in ihrer vergleichsweise konservativen Analyse totaler Herrschaft, die sie an den drei Elementen Antisemitismus, Imperialismus und Totalitarismus aufhängt, schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen, was sich vor unseren Augen abspielt: Das kapitalistische System entwickelt sich immer mehr in Richtung einer Totalität beanspruchenden Herrschaft, die durch Kontrollmechanismen wie z.B. über die Vernetzung der sozialen Kommunikationsmittel perfektioniert wird.

Zudem hat der Imperativ der Kapitalverwertung um jeden Preis die Umweltzerstörung vorangetrieben. Für den Maximalprofit und mit Hilfe des Staates als „ideellem Gesamtkapitalisten“ werden ohne Rücksicht auf nachkommende Generationen Umwelt und Klima ruiniert. Dazu kommt die massive Umweltzerstörung, die weltweit durch Kriege verursacht wird. Aber auch ohne Krieg ist das Militär der größte institutionelle Emittent von klimaschädigenden Gasen. Die Vergiftung und Zerstörung der Umwelt mit schwerwiegenden Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen sind im kapitalistischen System unausweichlich. Das Artensterben erscheint mittlerweile nicht mehr rückholbar, die verschwindenden Insekten und Vögel sowie das etwas gebremste Bienensterben sind sein Gesicht in Europa, wo die schnellste Erwärmung auf allen Kontinenten ihren Lauf nimmt.

Den Frieden nachhaltig suchen bedeutet, unsere Gesellschaften vom irrationalen Selbstzweck, Kapital um seiner selbst willen zu vermehren, und aus den Zwängen der konkurrenzgetriebenen privaten Aneignung und des Ständig-Wachsen-Müssens zu befreien. Dann wird auch der Druck auf die militärische Durchsetzung des Zugangs zu Ressourcen vermindert, die zunehmend die internationale Politik bestimmt. Der Aufbau einer Welt des Interessenausgleichs war das Projekt der zweiten Hälfte des 20sten Jahrhunderts. Die dabei gesammelten Erfahrungen und geschaffenen Instrumente sind nach wie vor abrufbar. Auf dieser Grundlage erkennen wir: Wir brauchen einen „System Change“, die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, die soziale Verpflichtung des Kapitals, die Rückkehr zu einer gerechten Sozialpolitik und sozialen Wirtschaft sowie Konzepte sozialer solidarischer Ökonomie, die den Wachstums-zwang systematisch überwinden, auf Gemeinwohlbilanzen orientieren und die Umwelt nachhaltig schonen. Und in den internationalen Beziehungen eine Weltinnenpolitik, für die Krieg als Mittel der Politik nicht länger in Frage kommt. Oder wie es der Ökumenische Rat der Kirchen 1948 formulierte: Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein. Und wie die Weltfriedenskonvokation 2011 hinzufügte: Gerechter Frieden in der Wirtschaft und allen andere zentralen Bereichen ist möglich und nötig.

Bert Brechts Diktum „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. Sie müssen ihn wollen“ bringt es auf den Punkt: Die konkurrenz-kapitalistische Grundlogik führt systemimmanent zwangsläufig zum Krieg, auch wenn das einzelne Vertreter subjektiv nicht wollen.

Folgende Kommissionen beschäftigen sich auch mit diesem Thema:



Kommission Friedenspolitik

Die kritische Begleitung der Bundeswehrreform, der F und die Kritik an der Rüstungsexportpolitik der Bund hören zu den Themen der Kommission.

**Internationale katholische
Friedensbewegung pax christi**

pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Feldstraße 4, 13355 Berlin

tel +49 30 2007678-0

mail sekretariat@paxchristi.de

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)